

KORRUPTION BEAMTE **Informantin vor Gericht**

Von PITT VON BEBENBURG



Seit April arbeitet Kerstin Weyrich im Forstamt Weilburg und kartiert Wasserwege. Foto: Martin Weis

Eine Beamtin des hessischen Umweltministeriums stellte ihre Vorwürfe der Untreue ins Internet und steht deshalb vor Gericht. Der Vorfall hat die Debatte über „Whistleblower“, die Missstände in Behörden anprangern, neu belebt.

Im Jahr 2003 geschieht etwas, das das Leben der Beamtin Kerstin Weyrich grundlegend verändert. Im hessischen Umweltministerium, in dem sie arbeitet, bekommt die damals 38-jährige Forstassessorin mit, wie Kollegen mit öffentlichen Fördermitteln umgehen. Stecken sie Geld in die eigene Tasche? Geht es um Veruntreuung und Amtsmissbrauch? Weyrich zögert lange, bis sie ihren Verdacht im Hause äußert und Belege nennt. „Ich wusste, das ist ein sehr harter Schritt, der drastischen Auswirkungen haben wird“, sagt sie.

Seitdem ist das Leben der Kerstin Weyrich nicht mehr so, wie es vorher war. Das Ministerium hält die Vorwürfe nicht für stichhaltig. Die Beamtin Weyrich wird versetzt. Sieben Mal in sieben Jahren. Sie sieht darin eine Strafaktion. Das Umweltministerium widerspricht. Die Versetzungen seien „rein personalwirtschaftlich motiviert“.

An einem kalten Donnerstag im Frühjahr 2013 nimmt Kerstin Weyrich in einem nüchternen Saal des Landgerichts Wiesbaden Platz, der Blick geht hinaus auf eine graue Wand. Auf der anderen Seite haben drei Vertreter des Landes Hessen Platz genommen. Weyrich ist nicht etwa als Zeugin in einem Untreueverfahren geladen, wie man vermuten könnte. Sie sitzt hier als Angeklagte.

Das Land Hessen wirft seiner Beamtin vor, dass sie die internen Vorwürfe auf ihrer Internetseite veröffentlicht hat. Beamte müssen aber ihre „Verschwiegenheitspflicht“ wahren. So steht es im hessischen Beamtenstatusgesetz. Mag sein, sagt Weyrichs Anwältin Judith Becker. „Aber irgendwann war das Maß voll.“

Vorgesetzter soll Fördergelder abgegriffen haben

Kerstin Weyrich ist eine unauffällige Frau. Sie trägt ein blaues Jackett, eine weiße Bluse und eine praktische Frisur. In einer Jutetasche hat sie einige Aktenordner zum Gericht mitgebracht, in denen abgeheftet ist, was sie über die Vorgänge im Ministerium gesammelt hat. Außerhalb des Gerichtssaals darf sie nichts über den Inhalt verraten. Für die Verhandlung ist sie von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden. Nun können Weyrich und ihre Anwältin wenigstens ein paar Worte über die Ereignisse loswerden, die sie bewegen.

Um 1,5 Millionen Euro sei es bei den Untreuevorwürfen gegangen, verteilt über mehrere Aufträge, berichtet Anwältin Becker. Insbesondere ein Vorgesetzter aus dem Bereich nachwachsende Rohstoffe habe Fördermittel abgreifen wollen,

ein anderer aus der Wasserwirtschaft freihändig Aufträge vergeben. Im Ministerium seien die Vorwürfe nicht sachkundig, sondern „durch einen einfachen Landwirt“ geprüft worden, sagt die Juristin.

Auch die direkte Vorgesetzte solle die Angelegenheit angeblich kontrolliert haben, fügt Weyrich hinzu. „Dazu gibt es aber nicht einmal einen Vermerk.“ Die interne Revision sei nicht eingebunden worden. Sie wolle nur eines erreichen: dass es „Transparenz und Aufklärung“ gebe.

Kerstin Weyrich hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur mit ihrem Arbeitgeber auseinandergesetzt. Sie hat auch mit großer Energie eine Fehde mit der FDP in Bad Camberg geführt. Es ging dabei um abgehängte Schaukästen und andere Querelen, die ihr Gerichtsverfahren und einen Antrag auf Parteiausschluss eintrugen.

Inzwischen sitzt die Forst- und Altlastenexpertin nicht mehr für die FDP, sondern für die Grünen im Kreistag von Limburg-Weilburg. Streitbar ist sie zweifellos. Aber macht sie das zur Querulantin, deren Vorwürfe gegen Kollegen im Ministerium ungläubwürdig sind?

Ministerium spricht von Fürsorgepflicht

Das Umweltministerium weist alle Vorhaltungen zurück. Die Vorwürfe seien nicht nur für das Ministerium ehrenrührig, sondern auch für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sagt Sprecher Sebastian Wysocki. Schon aus Fürsorge für die Kollegen, „die der Beklagten dienstlich ausgesetzt waren“, habe man gegen die Veröffentlichung im Internet klagen müssen.

So sei die angebliche Veruntreuung von Fördermitteln „durch die Abteilungsleiterin, einen Referatsleiter und eine Referentin überprüft“ worden, ohne dass sich Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten gefunden hätten. Zudem habe der Rechnungshof im fraglichen Zeitraum genau diesen Bereich geprüft, fügt der Ministeriumssprecher hinzu. Auch bei allen anderen Vorgängen, die Weyrich anprangere, könnten Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen werden. Zudem wundert sich das Ministerium darüber, dass die Beamtin ihre Vorwürfe erst „lange Zeit, nachdem sie die fraglichen Referate verlassen hat“, vorgebracht habe.

Weyrich hatte in der Tat gezögert, die Vorwürfe zu erheben. Sie habe sich zunächst versetzen lassen, um den Machenschaften ihres Vorgesetzten zu entgehen, sagt sie. Später sei dieser in ihre Abteilung nachgefolgt, worauf sie erneut um Versetzung gebeten habe. Erst im Personalgespräch über diesen Wunsch habe sie offenbart, was sie gewusst habe.

Doch die Aufklärung kam nicht so voran, wie sich die Forstexpertin das wünschte. Brandbriefe an Ministerin Lucia Puttrich (CDU), deren Staatssekretär Mark Weinmeister (CDU) und den Personalrat seien unbeantwortet geblieben. Da habe sie sich von Weinmeister die Genehmigung geholt, zur Wiesbadener Staatsanwaltschaft zu gehen, und 2012 Anzeige erstattet. „Die Ermittlungen laufen“, bestätigt Sprecher Hartmut Ferse. Ob die Staatsanwaltschaft Weyrichs Sicht teilt, kann heute niemand sagen. Ziemlich sicher wird die 48-Jährige jedoch wegen des Verstoßes gegen das Beamtenengesetz verurteilt.

Gericht hält Veröffentlichung für unzulässig

Der Prozess vor dem Landgericht endet ohne Ergebnis, aber nur weil Richter Christian Hundt sich für unzuständig und das Verwaltungsgericht für zuständig hält. Er macht jedoch klar, dass er die Internetveröffentlichung für unzulässig erachtet, ganz egal was an den Untreuevorwürfen dran sein sollte.

Kerstin Weyrich packt die Aktenordner in ihre Jutetasche. Am nächsten Tag muss sie wieder zur Arbeit – ins Forstamt Weilburg. Dort arbeitet sie seit Anfang April. Sie soll Wasserwege kartieren. Das sei, sagt Weyrich bitter, „eine fingierte Aufgabe“.



Pitt von Bebenburg

Landtags-Korrespondent, Wiesbaden

Korruption Hessen: Rhein will Korruption bekämpfen

Korruption Stadtverwaltung Frankfurt: Dankeschön darf nur fünf Euro kosten

Landratsamt Hochtaunus: Tote zahlen Rechnungen

Jobcenter-Betrug: 100000 Euro in die eigene Tasche